

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Die Nichtigkeit der Willenserklärung und des Vertrags	1
1. Abschnitt: Die mangelnde Geschäftsfähigkeit	1
1. Die Geschäftsunfähigkeit	2
2. Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach § 105 Abs. 2	4
3. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	4
3.1 Wirksame Rechtsgeschäfte des Minderjährigen	5
3.1.1 Die Teilgeschäftsfähigkeit gemäß § 112 und § 113	5
3.1.2 Das lediglich rechtlich vorteilhafte Rechtsgeschäft gemäß § 107 und das neutrale Rechtsgeschäft	5
Fall 1: Geschenkte Belastung	9
3.1.3 Die Einwilligung (§ 107)	12
3.1.4 Die Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts gemäß § 110	13
3.2 Unwirksamkeit einseitiger Rechtsgeschäfte und schwebende Unwirksamkeit von Verträgen	14
3.2.1 Einseitige Rechtsgeschäfte ohne erforderliche Einwilligung sind unwirksam (§ 111)	14
3.2.2 Verträge ohne erforderliche Einwilligung sind schwebend unwirksam	15
Fall 2: Günstige Briefmarkensammlung	15
4. Die gesetzliche Vertretung	18
4.1 Die Beschränkung der Vertretungsmacht gemäß §§ 1821, 1822 (§ 1643 Abs. 1)	18
4.2 Der Ausschluss der gesetzlichen Vertretung	19
4.2.1 Die nach (§ 1629 Abs. 2 S. 1) § 1795 Abs. 1 von der Vertretung ausgeschlossenen Rechtsgeschäfte	19
4.2.2 Das In-sich-Geschäft des gesetzlichen Vertreters, (§ 1629 Abs. 2. S. 1) § 1795 Abs. 2, § 181	20
5. Die sonstigen Rechtshandlungen des nicht voll Geschäftsfähigen und die Zurechnung von Kenntnissen	21
2. Abschnitt: Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gemäß §§ 134, 138	25
1. Der Gesetzesverstoß gemäß § 134	25
1.1 Verhältnis zu anderen Normen	25
1.2 Das Vorliegen eines Verbotsgegesetzes	25
1.3 Der Verstoß gegen das Verbotsgegesetz	25
1.4 Die Rechtsfolgen des Gesetzesverstoßes	26
1.4.1 Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	26
1.4.2 Der Umfang der Nichtigkeitsanordnung	31
2. Die Nichtigkeit gemäß § 138	32
2.1 Verhältnis des § 138 zu weiteren Normen	32
2.2 Die Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 2 – Wucher	33

2.2.1 Das auffällige Missverhältnis	33
2.2.2 Ausbeutung der Lage des Bewucherten	33
2.2.3 Die Rechtsfolgen des Wuchers	34
2.3 Die Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	34
2.3.1 Der objektive Tatbestand der Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	35
2.3.2 Der subjektive Tatbestand des § 138 Abs. 1	38
2.3.3 Beurteilungszeitpunkt	39
2.3.4 Rechtsfolgen	39
3. Abschnitt: Das formbedürftige Rechtsgeschäft	41
1. Formerfordernisse	41
1.1 Die wichtigsten kraft Gesetzes formbedürftigen Rechtsgeschäfte	41
1.1.1 § 311b Abs. 1 S. 1: Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb von Grundstücken	42
1.1.2 Das Formerfordernis aus § 766 S. 1	46
1.1.3 Weitere Formerfordernisse	46
1.2 Die vertraglich vereinbarte Form	47
2. Die Einhaltung der einzelnen Arten der Form	47
2.1 Die Voraussetzungen der gesetzlichen Schriftform gemäß § 126	48
2.2 Die Textform, § 126 b	49
2.3 Vereinbarte Schriftform, § 127 Abs. 2	50
2.4 Die notarielle Beurkundung	50
2.5 Die öffentliche Beglaubigung	50
3. Die Rechtsfolgen des Formmangels	50
3.1 Nichtigkeit	51
3.1.1 Gesetzliche Form (§ 125 S. 1)	51
3.1.2 Vertraglich vereinbarte Form (§ 125 S. 2)	51
3.2 Die Heilung des Formmangels	51
3.2.1 Heilung gemäß § 311b Abs. 1 S. 2	52
3.2.2 Heilung gemäß § 518 Abs. 2	52
3.3 Die Unzulässigkeit, sich auf den Formmangel zu berufen	52
3.3.1 Die unzulässige Rechtsausübung wegen Existenzgefährdung	52
3.3.2 Die unzulässige Berufung auf den Formmangel wegen eines schweren Treueverstoßes	53
4. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	55
4.1 Die nach der h.A. gültige Andeutungstheorie	55
4.2 Die Falschbezeichnung bei formbedürftigen Verpflichtungsverträgen	55
Fall 3: Mitverkaufte Parzelle	56
4.3 Die Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit	57
4. Abschnitt: Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach erfolgter Anfechtung	59
1. Überblick	59
2. Die Zulässigkeit der Anfechtung von Willenserklärungen	60

2.1 Die gesetzlichen Sonderregelungen	60
2.2 Gründungs- und Beitrittserklärungen	61
2.3 Fingierte Willenserklärungen und Rechtsscheinstatbestände	61
3. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 1	61
3.1 Überblick	61
3.1.1 Die Nichtübereinstimmung zwischen Erklärung und dem mit der Erklärung Gewollten	62
3.1.2 Die unbewusste Nichtübereinstimmung	62
3.2 Der Irrtum über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärung	63
3.2.1 Der Irrtum über den für das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts erforderlichen Inhalt	63
Fall 4: Geschenkt, gekauft?	64
3.2.2 Der Irrtum über Rechtsfolgen	68
3.2.3 Der Kalkulationsirrtum	69
Fall 5: Berechnungsfehler der EDV-Anlage	72
3.2.4 Der Irrtum bei der <i>invitatio ad offerendum</i>	76
Fall 6: Automatisierte Erklärungen	76
4. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 2	80
4.1 Die Regelung des Irrtums über Eigenschaften der Sache	80
4.1.1 Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2	80
4.1.2 Sache	82
4.1.3 Der Eigenschaftsbegriff	82
4.1.4 Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaft	84
4.1.5 Der Eigenschaftsirrtum beim Gattungskauf	84
4.2 Der Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften der Person gemäß § 119 Abs. 2	85
4.2.1 Die Person	85
4.2.2 Die Eigenschaften der Person	86
4.2.3 Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaften der Person	86
5. Der Anfechtungsgrund gemäß § 120	89
6. Der Anfechtungsgrund gemäß § 123	89
6.1 Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	91
6.1.1 Die – rechtswidrige – Täuschungshandlung	91
6.1.2 Die Ursächlichkeit zwischen Täuschungshandlung bzw. Irrtum und abgegebener Willenserklärung	93
6.1.3 Die Arglist	93
6.2 Unzulässigkeit der Anfechtung, wenn ein Dritter getäuscht hat	94
Fall 7: Treuherzige Eheleute	94
6.3 (Gewährleistungs-)Ansprüche des arglistig Getäuschten	96
Fall 8: Bagatellschaden?	96
6.4 Die widerrechtliche Drohung	100
6.4.1 Drohung	100
6.4.2 Widerrechtlichkeit	100
Fall 9: Bedrohte Ehefrau	102

7. Die Durchführung der Anfechtung und die dadurch ausgelösten Rechtsfolgen	105
7.1 Die wirksame Ausübung der Anfechtung	105
7.1.1 Anfechtungsberechtigung	105
7.1.2 Anfechtungserklärung	105
7.1.3 Die Anfechtungserklärung muss fristgerecht erfolgen.	106
7.1.4 Die Anfechtung darf nicht ausgeschlossen sein.	106
7.2 Die Rechtsfolgen der Anfechtung	107
7.2.1 Die Nichtigkeit der Willenserklärung gemäß § 142 Abs. 1	107
7.2.2 Die Ansprüche nach wirksamer Anfechtung	109
5. Abschnitt: Die Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung	111
1. Die Teilnichtigkeit gemäß § 139	111
1.1 Voraussetzungen des § 139	111
1.1.1 Einheitliches Rechtsgeschäft	111
1.1.2 Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	112
1.2 Rechtsfolge der Teilnichtigkeit	112
2. Die Umdeutung gemäß § 140	113
3. Die Bestätigung gemäß § 141	114
2. Teil: Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)	115
1. Abschnitt: Der Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	116
1. § 310 Abs. 4	116
2. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	116
2.1 Die Vertragsbedingung	116
2.2 Vorformuliert für eine Vielzahl von Fällen	117
2.3 Stellen bzw. Aushandeln	118
2. Abschnitt: Einbeziehung der AGB als Vertragsbestandteil	120
1. Die Einbeziehung gegenüber Privatpersonen	120
1.1 Einbeziehung gemäß § 305 Abs. 2	120
1.2 Einbeziehung durch Rahmenvereinbarung	121
2. Die Einbeziehung gegenüber Unternehmern	122
2.1 Die Hinweispflicht	122
2.2 Die Möglichkeit der Kenntnisnahme durch den Unternehmer	123
3. Einbeziehung in besonderen Fällen gemäß § 305 a	123
4. Vorrang der Individualvereinbarung (§ 305 b)	123
5. Überraschende Klauseln (§ 305 c Abs. 1)	123
3. Abschnitt: Die Auslegung und Inhaltskontrolle	124
1. Die Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen in den AGB	125
1.1 Der Grundsatz der objektiven Auslegung	125
1.2 Die Unklarheitenregel des § 305 c Abs. 2	125

2. Die Inhaltskontrolle gemäß §§ 307 bis 309	125
2.1 Ausschluss der Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 3	126
2.1.1 Abweichung oder Ergänzung von Rechtsvorschriften	126
2.1.2 Transparenzgebot	127
2.2 Die Inhaltskontrolle gemäß § 309	128
2.3 Die Inhaltskontrolle gemäß § 308	129
2.4 Die Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 und 2	130
2.4.1 Die Unangemessenheit im Fall des § 307 Abs. 2 Nr. 1	131
2.4.2 Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 2 Nr. 2	132
Fall 10: Waschschäden	132
2.4.3 Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 1	133
2.5 Die Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	135
4. Abschnitt: Die Rechtsfolgen der Unwirksamkeit einer Vertragsbestimmung, § 306	136
1. Nicht einbezogene oder unwirksame Vertragsbestimmungen	136
2. Die Rechtsfolgen bei widersprechenden AGB	137
Fall 11: AGB im Widerspruch	137
3. Die Verbandskontrolle nach dem Unterlassungsklagengesetz	139
Fall 12: Die Garantiekarte	139
3. Teil: Fristen, Termine, Verjährung	144
1. Abschnitt: Fristen und Termine	144
1. Fristen	144
2. Termine	145
2. Abschnitt: Verjährung	145
1. Überblick	145
2. Regelverjährung	146
2.1 Fristbeginn	146
2.2 Höchstfristen gemäß § 199 Abs. 2–4	147
3. Andere Verjährungen	147
4. Vereinbarungen über die Verjährung (§ 202)	148
5. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	148
5.1 Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen (§ 203)	149
5.2 Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung (§ 204)	149
5.3 Neubeginn der Verjährung	150
6. Übergangsvorschrift (Art. 229 § 6 EGBGB)	150
6.1 Die Verjährungsfristen	150
6.2 Beginn, Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	151
Stichwortverzeichnis	153